

NIEDERSCHRIFT

über die **9.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **24.11.2011**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel.: 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Dr. Linde Becker
2. Frau Irmintrud Berger
3. Herr Hans-Josef Engels
4. Herr Reiner Geroneit
5. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder ab 17.40 Uhr
6. Herr Thomas Jung bis 18.45 Uhr
7. Herr Norbert Kallen
8. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Herr Rainer Schmitz
16. Frau Gertrud Servos
17. Herr Rainer Thiel
18. Frau Helga Weiss

• FDP-Fraktion

19. Herr Christian Kohnen
20. Frau Christa Quellmann
21. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 22. Herr Manfred Haag
- 23. Herr Martin Kresse
- 24. Frau Angela Stein-Ulrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 25. Frau Karin Borrmann-Schulz
- 26. Frau Margit Kalthoff

- **Die Linke**

- 27. Herr Oliver Reising

- **beratende Mitglieder**

- 28. Herr Karl Boland
- 29. Herr Karl-Heinz Brandofsky
- 30. Herr Dr. Josef Merten

- **Verwaltung**

- 31. Frau Katharina Czudaj
- 32. Herr Dr. Michael Dörr
- 33. Herr Fabian Fox
- 34. Herr Siegfried Henkel
- 35. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 36. Herr Martin Meisel
- 37. Frau Birgit Rothe
- 38. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 39. Frau Christiane Weber

- **Schriftführer**

- 40. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Fitnetz - Zertifizierung von Kindertagesstätten Vorlage: 53/1434/XV/2011	4
3.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende -	4
3.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1468/XV/2011.....	4
3.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1480/XV/2011	5
4.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1483/XV/2011.....	5
5.	Sozialstrukturatlas für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1478/XV/2011.....	6
6.	Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes Vorlage: 50/1482/XV/2011	8
7.	Leistungsvereinbarungen mit der Freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/1481/XV/2011	8
8.	Auflistung der Angebote der Sozialverbände im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1479/XV/2011	9
9.	Konzept Schulverpflegung Vorlage: 53/1412/XV/2011	10
10.	Mitteilungen	10
10.1.	Verleihung des Integrationspreises 2011	10
10.2.	Aktueller Sachstand des Projektes "Klang meines Körpers"	11
10.3.	Vortrag "Erkenntnisse aus Quartiersprojekten des Netzwerkes SONG" in der Kommission Silberner Plan - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11
10.4.	Tätigkeitsbericht der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger nach Kapitel 3 SGB IX - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11
10.5.	Stellungnahme Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk zur Pflegereform.....	11
11.	Anfragen	11
11.1.	Anfrage der Fraktionen der CDU und FDP zur Telefon-Hotline des Jobcenters.....	12
11.2.	Wohnberatungsagentur.....	12

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Fitnetz - Zertifizierung von Kindertagesstätten Vorlage: 53/1434/XV/2011

Protokoll:

Dezernent Mankowsky führte in den Tagesordnungspunkt ein und skizzierte die Entwicklung des systematischen und nachhaltigen Gesundheitsförderkonzeptes des Rhein-Kreises Neuss. Ab diesem Jahr erhielten nunmehr alle Einrichtungen, die das Konzept *fitnetz* umgesetzt hätten und mindestens zwei Jahre im Netzwerk tätig seien, ein Zertifikat. Die einzelnen Einrichtungen hätten sich unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, Beispiele seien eine gesunde Ernährung, seelische Gesundheit oder Bewegung.

Den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern von 12 Kindergärten und Familienzentren wurden von Ausschussvorsitzendem Dr. Klose und Dezernent Mankowsky die Zertifikate feierlich verliehen.

Dezernent Mankowsky berichtete abschließend von der Statuskonferenz der „Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung“ zur frühkindlichen Gesundheitsförderung. Dabei sei von vielen Teilnehmern beklagt worden, dass es in deren Einzugsbereichen eine Vielzahl von Einzelprojekten gebe, die nebeneinander existierten und nach einer gewissen Zeit wieder ausliefen. Dies zeige den Unterschied zum Rhein-Kreis Neuss, der feste und dauerhafte Strukturen geschaffen und seinen Einrichtungen Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht habe.

3. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundversicherung für Arbeitsuchende -

3.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1468/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Erläuterungen und stellte die positive Entwicklung im Jahr 2011 heraus. Zum Jahresende könne man mit geringeren Aufwendungen von 3,6 Mio € rechnen, wovon 50% an die Kommunen weitergegeben werde. Erfreulich sei das Absinken der Bedarfsgemeinschaften unter die Zahl von 15.000 sowie eine Arbeitslosenquote von weniger als 6%. Diese Entwicklung sei auch die Zielsetzung des Rhein-Kreises Neuss zu Beginn des Jahres 2011 gewesen.

3.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1480/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsmitglied Kresse bedankte sich für den Bericht und fragte an, ob das ins Jobcenter transferierte Wissen auch beim TZG verblieben sei. Des Weiteren bat er um eine Information zur Wirkung der Instrumentenreform in Bezug auf die Mitarbeiter des TZG. Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies bezüglich dieser Inhalte auf die im Dezember anstehende Verwaltungsratssitzung des TZG, in der unter anderem auch Prognosen für das Jahr 2012 gegeben würden.

4. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1483/XV/2011

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose führte aus, dass der Ausschuss im Rahmen der Beschlussfassung zu diesem Thema um regelmäßige Information gebeten habe. Heute könne lediglich über eine erste Information beraten werden, jedoch sei die Zeit seit Inkrafttreten der neuen Regelungen noch zu kurz gewesen, um gesicherte Ergebnisse und Erfahrungen vorlegen zu können.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass es eine schriftliche Befragung aller Kommunen gegeben habe, in der auch um eine Einschätzung zur Gesamthematik gebeten worden sei. Eine Aufstellung der Rückmeldungen der Städte und Gemeinden werde dem Protokoll beigelegt. Nach diesen ersten Mitteilungen seien bei 18.550 Bedarfsgemeinschaften lediglich 257 Kostensenkungsverfahren initiiert worden. Dies entspreche einer Quote von nur 1,39%. Zwar seien noch viele Fälle durch die Sachbearbeiter vor Ort zu prüfen, jedoch habe man in einer ganzen Reihe von Einzelfallprüfungen kein Kostensenkungsverfahren einleiten müssen. Valide Zahlen werde man erst nach 6 Monaten erwarten können, diese könnten dann in der Sitzung des Ausschusses im Mai 2012 vorgestellt werden.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, dass er bei der Einleitung von Kostensenkungsverfahren eine höhere Quote erwarte. Neben den Zahlen müsse jedoch auch auf das Umfeld der Menschen geschaut werden.

Kreistagsmitglied Bartsch fragte an, wie ein Kostensenkungsverfahren praktisch abgewickelt werde und welche Maßnahmen hier in der Praxis denkbar seien. Hierzu sagte

Allgemeiner Vertreter Steinmetz zu, dem Protokoll ein Musterschreiben beizufügen. Als Maßnahmen seien unter anderem Untervermietung, Verhandlungen mit dem Vermieter oder das Erbringen von Dienstleistungen in der Hausgemeinschaft denkbar. Im Ergebnis könne ein solches Verfahren jedoch auch zu einem Umzug des Betroffenen führen.

Kreistagsmitglied Haag bat um Auskunft, ob das Case-Management einbezogen werde, da der Bescheid aus der Leistungsabteilung komme. Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigte, dass das Case-Management in besonderen Fällen, jedoch nicht in der Regel, einbezogen würde und bat um eine Information, falls Fälle bekannt würden, in denen das Case-Management trotz Notwendigkeit nicht eingeschaltet worden sei.

Kreistagsmitglied Stein-Ulrich berichtete aus ihrem beruflichen Alltag, dass pro Woche zwischen 10 und 15 Betroffene von der Einleitung eines Kostensenkungsverfahrens berichten würden. Dabei habe sie festgestellt, dass es noch Fehler in der Anwendung der neuen Richtlinie gebe. In solchen Fällen habe sie bereits mit der Kreisverwaltung im engen Kontakt gestanden.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erläuterte, dass im Bereich des SGB XII die Widersprüche durch das Kreissozialamt bearbeitet würden und bot an, auch besondere Einzelfälle zur Prüfung vorzulegen.

5. Sozialstrukturatlas für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1478/XV/2011

Protokoll:

Prof. Dr. Rüdiger Hamm stellte die Möglichkeiten für die Konzeptionierung eines Sozio-ökonomischen Monitorings für den Rhein-Kreis Neuss durch die Hochschule Niederrhein vor.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte an, ob die einzelnen Inhalte des interessanten Konzeptes mit der Verwaltung abgestimmt würden. Prof. Dr. Hamm und Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigten dies. Bislang seien lediglich Vorgespräche erfolgt, im Falle einer Beauftragung würden die Inhalte gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss diskutiert und festgelegt.

Kreistagsmitglied Thiel erklärte, dass ein so umfangreiches Monitoring über die Inhalte des Sozial- und Gesundheitsausschusses hinausgingen. Er bat für seine Fraktion daher um die Möglichkeit zur Beratung und fragte nach der Höhe der Kosten.

Kreistagsmitglied Kresse fragte an, ob das Monitoring auch bezüglich der Zuständigkeit des Kreises in der Altenhilfe beispielsweise auch die Frage von Quartiersbetrachtungen beinhalten solle.

Prof. Dr. Hamm erläuterte, dass die Anfrage der Verwaltung auf die Konzeptionierung eines reinen Sozialmonitorings abgestellt gewesen sei, jedoch unter wissenschaftlichen Aspekten und den Erfahrungen der Hochschule Niederrhein eine Ausweitung der Themenfelder in der dargestellte Weise sinnvoll sei, damit nicht nur Teilaspekte betrachtet würden. Quartiersbetrachtungen seien zwar reizvoll, könnten aber im Rahmen eines kreisweiten Monitorings nicht berücksichtigt werden, da hierfür eine genaue und klein-

räumige Analyse einzelner Quartiere notwendig sei. Dies wiederum sei mehr die Aufgabe der jeweiligen Kommune.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bezifferte die Kosten für die Konzeptionierung auf rund 13.000,-€, sollte die Hochschule Niederrhein auch die Erstellung des Monitorings durchführen würden hierfür rund 60.000,-€ notwendig sein. Die Mittel könnten aus den bereits in TOP 3.1 genannten Einsparungen im Sozialbudget entnommen werden, so dass durch eine Auftragsvergabe der Kreishaushalt 2012 nicht zusätzlich belastet würde. Den Vorschlag einer Ausweitung des Monitorings auf weitere Bereiche habe die Verwaltung aufgegriffen, weil es in den letzten Monaten in verschiedenen Ausschüssen und auch im Kreisausschuss entsprechende Diskussionen gegeben habe.

Kreistagsmitglied Servos wies darauf hin, dass einzelne Teilaspekte eines solchen Monitorings jederzeit abrufbar sein müssten und fragte an, welches Thema Prof. Dr. Hamm unter dem Stichwort „Integration“ angehen wolle. Prof. Dr. Hamm erklärte, dass hierunter die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verstehen sei.

Ausschussmitglied Kalthoff bat um Auskunft, warum laut Prof. Dr. Hamm Datensätze genutzt werden sollten, die schon 2 Jahre alt seien und ob das zu erstellende Werk auch Zukunftsprognosen enthalte. Prof. Dr. Hamm machte deutlich, dass immer die aktuellsten verfügbaren Daten genutzt würden. Manche Statistiken würden jedoch nur alle 2 Jahre aktualisiert, so dass in manchen Fällen auf keinerlei aktuelleres Datenmaterial zurückgegriffen werden könne. Zukunftsprognosen würden nicht erstellt sondern eine Ist-Analyse, die Stärken und Schwächen des Kreises aufzeigen könne.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Kallen bestätigte Prof. Dr. Hamm, dass das Thema Bauen und Wohnen auch Gegenstand des Monitorings sein solle.

Kreistagsmitglied Thiel führte nochmals aus, dass die Fraktion der SPD dem Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung nicht folgen könne, da zunächst nochmals die Finanzierung und das Konzept selbst überdacht werden müsse. Auch müsse geregelt sein, ob die Politik Einfluss auf die Inhalte nehmen könne.

Kreistagsmitglied Rosellen erklärte, dass für ihn dieser Aspekt nicht nachvollziehbar sei, da man einen Kreistagsbeschluss umsetze.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz regte nach Erstellung des Konzeptes eine interfraktionale Arbeitsgruppe an, um die Inhalte zu diskutieren. Prof. Dr. Hamm unterstützte dies und wies darauf hin, dass Wünsche und die Vorstellungen des Kreises zu den Inhalten ausdrücklich erwünscht seien. Es müsse natürlich stets im Einzelfall geprüft werden, ob die Umsetzung einzelner Themen auf Grundlage einer geeigneten Datenbasis auch möglich sei.

Beschluss:

Die Hochschule Niederrhein wird mit der Konzeptionierung eines Monitoring-Systems zur Analyse ökonomischer, sozialer und ökologischer Gegebenheiten im Rhein-Kreis Neuss beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mit Zustimmung der Fraktionen der CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive bei Enthaltung der Fraktion der SPD und des Vertreters der Gruppe Die Linke gefasst.

6. Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Vorlage: 50/1482/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf die Tischvorlagen hin und nannte die aktuelle Zahl von 71 Bewerbungen. Am 23.11.2011 habe eine erste Vorstellungsrunde mit Vertretern aus Neuss und Grevenbroich stattgefunden. Dabei sei festzustellen gewesen, dass der Rhein-Kreis Neuss durch das Angebot einer längerfristigen Beschäftigung gegenüber anderen Kommunen einen Wettbewerbsvorteil habe. Nachdem der Kreis mit dem Rahmenkonzept nunmehr die notwendigen Voraussetzungen geschaffen habe, müssten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ihre jeweiligen Einsatzkonzepte erarbeiten um nach Möglichkeit am 01.01.2012 mit der Umsetzung beginnen zu können.

Kreistagsmitglied Thiel lobte das Rahmenkonzept des Kreises und fragte nach, ob die Overheadkosten auch aus dem Sozialarbeiter-Budget gezahlt würden. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erläuterte, dass aus den Budgetmitteln 26 Personen für die Basisarbeit und 1 Person für die Steuerung eingestellt würden.

Kreistagsmitglied Wienands brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass auf Grundlage des guten Rahmenkonzeptes die Sozialarbeiter schnellstmöglich ihre Arbeit zum Wohle der Kinder und Jugendlichen aufnehmen könnten.

Kreistagsmitglied Kresse lobte die Entscheidung für einen institutionellen Aufbau. Problematisch könne jedoch trotz des Einsatzes der Sozialarbeiter die Umsetzung der Einzelfallentscheidungen im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes sein, da der hierfür notwendige Gesamtaufwand im Vergleich zu den beim Bürger ankommenden Leistungen erheblich sei. Hierzu erinnerte Allgemeiner Vertreter Steinmetz daran, dass die Aufgabe aufgrund gesetzlicher Regelungen bzw. den hierzu erlassenen Verordnungen wahrzunehmen sei.

Kreistagsmitglied Stein-Ulrich fragte nach, ob die Zahl der bereits bearbeiteten Anträge bekannt sei. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass man beim Jobcenter einzelne Sachbearbeiter gar nicht mehr erreichen könne, um Nachfragen zu stellen oder Informationen einzuholen. Die nun neu aufgelegte Broschüre sei ein gutes Hilfsmittel für die Bürger. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte hierzu, dass die Umsetzung nicht im unmittelbaren Einfluss des Kreises geschehe, sondern durch die Kommunen und das Jobcenters. Die Zahl der Bewilligungen sei derzeit noch nicht bekannt. Statistisches Material zu dieser Thematik würde für die nächste Sitzung vorbereitet.

7. Leistungsvereinbarungen mit der Freien Wohlfahrtspflege

Vorlage: 50/1481/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Tischvorlage und erklärte, dass mit den Verbänden bereits gute Gespräche in Hinblick auf das Jahr 2012 geführt worden seien. In sehr vielen Fällen könne es daher zu Leistungsvereinbarungen kommen.

Kreistagsmitglied Kresse bedankte sich für den guten Zwischenbericht und regte an, dass die Vereinbarungen für 3 Jahre gelten sollten, um eine Sicherheit und Kontinuität für alle Beteiligten zu gewährleisten.

8. Auflistung der Angebote der Sozialverbände im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1479/XV/2011

Protokoll:

Ausschussmitglied Kalthoff erläuterte den Antrag ihrer Fraktion und wies darauf hin, dass einige Angebote von mehreren Verbänden gemacht würden. Es sei daher sinnvoll, nur das günstigste Angebot zu unterstützen.

Kreistagsmitglied Haag kritisierte den Antrag, da die Trägervielfalt gewahrt bleiben müsse und neben den Kosten auch die Qualität der Angebote zu beachten sei.

Kreistagsmitglied Widdekind erinnerte daran, dass die Verbände Aufgaben für den Rhein-Kreis Neuss erfüllten. Man sei froh über die vorhandene Kompetenz bei den Verbänden, auch im Hinblick auf neue Aufgaben, denen man sich immer wieder stellen müsse.

Kreistagsmitglied Thiel erklärte, die Leistungsvereinbarungen seien ausreichend und die Aufgabenwahrnehmung durch die Verbände habe sich als der richtige Weg erwiesen. Schon in der Vergangenheit habe man in diesem Bereich negative Erfahrungen bei der Beauftragung der günstigsten Leistungsanbieter gemacht.

Ausschussmitglied Borrmann-Schulz stellte die Frage, wie man Qualität einschätzen solle. In Zeiten knapper Haushaltsmittel müsse alles auf den Prüfstand gestellt werden.

Kreistagsmitglied Rosellen wies darauf hin, dass der günstigste Anbieter nicht automatisch der Beste sein müsse.

Als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände unterstrich Kreistagsmitglied Kallen, dass die Kommune das Wunsch- und Wahlrecht der Bürger beachten müsse. Zur Sicherung einer qualitativen Angebotsstruktur seien die Leistungsvereinbarungen das richtige Mittel, wobei Kritik an einzelnen Inhalten jederzeit geübt werden dürfe.

Kreistagsmitglied Servos ergänzte, dass die Vielfalt der Verbände und deren Angebote immer wieder nützlich gewesen seien um Probleme zu lösen. Die Kontrolle der Mittelverwendung werde zudem durch die Verwendungsnachweise sichergestellt.

Ausschussmitglied Boland erläuterte die Bedeutung des Vertrauens der Kunden in den jeweiligen Leistungsanbieter. Dieses Vertrauensverhältnis sei Voraussetzung für eine Inanspruchnahme von Leistungen und setze voraus, dass ein Wahlrecht für die Be-

troffenen gegeben sei.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft - Die Aktive vom 24.10.2011 zur Auflistung der Sozialverbände im Rhein-Kreis Neuss wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürger Gemeinschaft - Die Aktive stimmt dem Antrag zu, die Fraktionen der CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Vertreter der Gruppe Die Linke lehnen den Antrag ab.

**9. Konzept Schulverpflegung
Vorlage: 53/1412/XV/2011**

Protokoll:

Dezernent Mankowsky erklärte, dass das Konzept zur Verbesserung der Mittagsverpflegung an Ganztagschulen nunmehr vorliege. In die Umsetzung sollten zunächst 10 Einrichtungen einbezogen werden. Die Kosten von 6.500,-€ könnten aus dem Budget für das Projekt „rundum gesund“ entnommen werden, weil bei den Kindergärten der Bedarf an einer Teilnahme nicht mehr im bisherigen Umfang vorhanden sei.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt das Konzept zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

10. Mitteilungen

10.1. Verleihung des Integrationspreises 2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erinnerte an die Preisverleihung am 30.11.2011, zu der die Mitglieder des Ausschusses eingeladen seien.

10.2. Aktueller Sachstand des Projektes "Klang meines Körpers"

Protokoll:

Dr. Dörr teilte hierzu mit, dass Anfang des nächsten Jahres eine ausführliche Vorstellung des Projektes im Ausschuss erfolgen werde.

10.3. Vortrag "Erkenntnisse aus Quartiersprojekten des Netzwerkes SONG" in der Kommission Silberner Plan - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose regte an, den Antrag in der Kommission Silberner Plan zu besprechen. Kreistagsmitglied Kresse stimmte dem zu.

10.4. Tätigkeitsbericht der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger nach Kapitel 3 SGB IX - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokoll:

Sozialamtsleiter Henkel teilte mit, dass in der nächsten Ausschusssitzung ein Bericht erfolge.

10.5. Stellungnahme Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk zur Pflegereform

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf die verteilte Stellungnahme des Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerks zur Pflegereform hin. Er habe dem Vorstand der Initiative die Zusage gegeben, diese Stellungnahme zu verteilen. Eine Zustimmung zu allen Inhalten sei damit jedoch nicht verbunden.

11. Anfragen

11.1. Anfrage der Fraktionen der CDU und FDP zur Telefon-Hotline des Jobcenters

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Antwort der Verwaltung. Weitere Details könnten in der Trägerversammlung am 15.12.2011 besprochen werden.

11.2. Wohnberatungsagentur

Protokoll:

Kreistagsmitglied Bartsch bat um eine Vorstellung der Wohnberatungsagentur im Ausschuss. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte dies zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:40 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Marcus Mertens
Schriftführung

